

## 2 x Osterweiterung

# Die imperialistische Konkurrenz um Europa kommt voran

1.

Am 1. April nimmt die NATO 7 neue Mitglieder in Osteuropa auf. Am 1. Mai zieht die EU nach und erweitert sich um die schon vor ein paar Jahren zur NATO hinzugekommenen sowie einige der neuen Pakt-Mitglieder. Amerikanische und europäische Staatenlenker beglückwünschen sich wechselseitig zur „Einheit des Kontinents“.

Das erinnert an das alte Ergänzungsverhältnis zwischen den beiden Bündnisssystemen: Die NATO organisiert einen militärischen Block, der die wichtigsten kapitalistischen Nationen diesseits und jenseits des Nordatlantik umfasst, und legt die Mitglieder auf eine hauptsächlich von Washington bestimmte einheitliche Sicherheitspolitik fest; einheitlich sowohl, was die Definition des zu bekämpfenden Gegners, als auch, was Art und Mittel seiner Bekämpfung sowie das Kommando über die militärischen Potenzen des Bündnisses betrifft. Die EU organisiert den politökonomischen Zusammenhalt des „europäischen Pfeilers“, baut sich zur Weltwirtschaftsmacht auf, die fähig werden will, dem Heimatland der Dollar-Ökonomie erfolgreich Konkurrenz zu machen; damit dient sie jedoch zugleich der gemeinsamen „westlichen Sache“, garantiert nämlich und entwickelt die kapitalistische Leistungstüchtigkeit der strategisch nach amerikanischen Vorgaben kooperierenden Partner, also die materielle Basis der gemeinschaftlichen Militärmacht.

So ähnlich möchten es die neuen doppelten Bündnispartner auch sehen: Von der Allianz mit der Weltmacht USA erwarten sie sich die Sicherung ihrer nationalen Existenz, unbedingten Schutz vor der „russischen Gefahr“, die ihrer nationalistischen Einschätzung nach von der zerstörten sowjetischen Weltmacht noch übrig geblieben ist, außerdem die Zuweisung eines respektablen strategischen Stellenwerts an ihre Nation, den die sich allein nicht zu verschaffen vermöchte. Von ihrer Unions-Mitgliedschaft versprechen sie sich eine Garantie ihres ökonomischen Bestands, sogar eines Erfolgs als Kapitalstandort, zumindest eine gute Versicherung gegen völligen Misserfolg, nicht zuletzt durch Teilhabe am EU-Haushalt. „NATO is security, the EU is modernization. One cannot exist without the other, the processes are intertwined.“ (Polen Ministerpräsident Miller, IHT, 31.3.)

Vom Standpunkt der Bündnisse selbst, d.h. ihrer maßgeblichen Führungsmächte aus nimmt sich die Sache allerdings gründlich anders aus.

2.

Der Zuwachs an neuen Mitgliedern bedeutet für beide Bündnisse, die sich nach Osteuropa hin ausdehnen, keinen Zuwachs an materiellen Potenzen. Europas Kapitalisten wissen aus den neuen Standorten im östlichen Billiglohn-Wunderland natürlich das Ihre zu machen. Dass damit die EU insgesamt reicher würde, behaupten aber nicht einmal die Wirtschaftspolitiker, die voller Stolz auf das neu hinzukommende Millionenheer von ‚Konsumenten‘ verweisen; auf deren Arbeitskraft haben die ‚Arbeitsmärkte‘ des ‚alten Europa‘ schon gleich nicht gewartet. Ebenso wenig verstärken die neuen NATO-Mitglieder mit den Überresten ihrer einst angeblich so bedrohlich gewordenen Rüstung die militärische Schlagkraft der Allianz; geschweige denn so, dass die NATO jetzt zu kriegerischen Taten fähig würde, die sie bislang nicht hingekriegt hätte.

Aber das ist offenbar auch gar nicht Sinn und Zweck der Ost-Ausdehnung der beiden Bündnisse. Der EU wie der NATO, den USA als unbestrittener Führungsmacht des einen, Deutschland und Frankreich als keineswegs unangefochtenen Führungsmächten des andern Clubs geht es um die Ausweitung und Festigung eines *politischen Besitzstandes* in einem sehr grundsätzlichen Sinn. Sie betreiben die feste, unwiderrufliche Einordnung Osteuropas

in ihren jeweiligen politischen Zuständigkeitsbereich, die Ausrichtung der angeschlossenen Nationen mit ihrer Staatsräson, d.h. mit allen Prämissen und Grundsätzen ihrer inneren wie äußeren Politik, an *ihren* Ordnungs-, Zugriffs- und Beherrschungs-Interessen.

3.

Diese Interessen decken sich in einem nicht unwichtigen Punkt: EU-Strategen wie US-Weltpolitiker wollen die Verdrängung Russlands aus *ihrem* Europa vollenden.

Für die amerikanische Regierung ist der Einbau der neuen EU-Mitglieder in die NATO die logische Konsequenz, nämlich die notwendige Absicherung und ein entscheidender Schritt zur strategischen und weltpolitischen Ausnutzung ihres Sieges im Kalten Krieg: „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ steht ehemaliges Feindesland *ihrer* Kriegsmacht offen und zu Gebote. Wenn Außenminister Powell eigens mit Moskau konferiert, um „Freund Putin“ zu versichern, die Expansion der NATO bis an die russische Westgrenze sowie die prompte Stationierung von F-16-Flugzeugen in den ehemals sowjetischen Baltenrepubliken – „zur Grenzkontrolle“ – wäre keineswegs gegen Russland gerichtet, dann weiß er um die Zumutung, die Amerika Russland serviert, und setzt gleich noch die nächste Zumutung oben drauf, nämlich dass Moskau sich fügt und die Verwandlung Osteuropas in NATO-Land anerkennt; andernfalls müsste er an der Aufrichtigkeit der russischen „Freundschaft“ zweifeln. Das passt zum Vorgehen der EU, die ihre äußerst sakrosankte „Außergrenze“ kräftig Richtung Moskau verschiebt und damit überhaupt sämtliche Beziehungen über die Westgrenze der GUS hinweg ihrem Kontrollregime unterwirft. Sie vollzieht damit praktisch und alltagswirksam die Ausgrenzung der russischen Restmacht aus Europa, die Amerika will, und die NATO garantiert die strategische Degradierung Russlands, von der die EU bei ihrer Inbesitznahme Osteuropas ausgeht.

Damit hat es sich aber auch schon mit den deckungsgleichen Interessen. Was den oberhoheitlichen Besitzanspruch selber betrifft, den EU-Strategen und US-Weltpolitiker auf ihre östlichen Neuerwerbungen erheben und mit deren Aufnahme in ihr jeweiliges Bündnis einzulösen gedenken, so deckt und ergänzt sich da überhaupt nichts.

4.

Amerika packt die Osteuropäer vermittelt der NATO bei ihrer letzten Existenzfrage: der Sicherheit ihres Bestands als souveräne, weltpolitisch beachtete Mitglieder des globalen Weltgeschäfts. Darüber stiftet es Abhängigkeiten, verschafft sich bestimmenden Einfluss auf nationale Haushaltsentscheidungen, regiert auch in die Wirtschaftspolitik der Anschlussländer hinein und drängt ihnen so den Vasallenstatus auf, den die Altmitglieder der Allianz gerade loswerden wollen – nicht zuletzt vermittelt der Erweiterung *ihrer* Union. Denn mit der packen die großen Wirtschaftsmächte der EU ihre neuen Partner bei deren ökonomischer Existenz- und Erfolgsfrage, um sich den Osten des Kontinents nicht bloß markttechnisch, sondern strategisch einzuverleiben: als Bestandteil ihrer Verfügungsmacht über Europa und dessen weltpolitische Geschichte; als Zuwachs, der ihre vorrangige, wenn nicht sogar exklusive Zuständigkeit für den alten Kontinent und damit ihre Bedeutung als – entstehende – kontinentale Großmacht beglaubigt und durchsetzen hilft.

Die Vollmitgliedschaft, die den Neuen formelle Rechte in beiden Bündnissen gewährt, ist gewissermaßen der Preis, den die jeweiligen Führungsmächte für deren Vereinnahmung und die Festigung ihrer strategischen Zuständigkeit für Europa zahlen. Die USA zahlen ihn leicht; in ihrer Allianz ist die Führungs-

**Fortsetzung S. 2, Spalte 4 oben**

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

### Vortrag mit Diskussion

Staatliche Unternehmerschelte:

# Wer ist hier unpatriotisch?

Das tiefe Zerwürfnis zwischen der herrschenden Klasse und ihrem „geschäftsführenden Ausschuss“

Donnerstag, 24. Juni 2004, 20.00 Uhr  
K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Königstr. 93, Nürnberg

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

Tiefes Zerwürfnis zwischen der herrschenden Klasse und ihrem „geschäftsführenden Ausschuss“

# Wer ist hier unpatriotisch?

Die Unternehmerschaft, vertreten durch den Industrie- und Handelskammerpräsidenten Braun, rechnet mit der rot-grünen Bundesregierung endgültig ab. Braun ist es leid, in Berlin immer neue Forderungen nach noch mehr und noch überzeugenderer Kapitalförderung zu stellen, und empfiehlt seinen Klassenbrüdern unverhohlen die Auswanderung: In diesem Staat und unter einer solchen Regierung ist den Kapitalisten die Jagd nach Profit einfach nicht mehr zuzumuten. Überall „Daumenschrauben“, Investitionshemmnisse, bürokratische Auflagen, die keinen anderen Sinn haben, als dem investitionslustigen Kapitalisten das Leben schwer zu machen. So jedenfalls sieht Ludwig Georg Braun den Standort Deutschland: Er rät den Unternehmern, „nicht auf eine bessere Politik aus Berlin zu warten, sondern lieber die Vorteile der EU-Osterweiterung zu nutzen.“

Das hat die Regierung nun davon, dass sie den Unternehmern in den Arsch kriecht. Belehrt durch das halbe Jahrzehnt der Wirtschaftskrise, bekennt sie sich wie keine vor ihr dazu, dass es auch aus staatlicher Sicht im Land keinen Gesichtspunkt gibt, der dem, dass das Kapital wachsen muss, auch nur entfernt das Wasser reichen könnte. Die rot-grünen Staatenlenker verstehen sich inzwischen zu einer regelrechten Staatskritik und machen sich bzw. ihren Vorgängern zum Vorwurf, was die Lobbyisten des Kapitals immer schon sagen: Dass nämlich der Staat mit Gesetzgebung und Verwaltung, Steuern und Auflagen nur die segensreiche Freiheit des Kapitals behindert, das unweigerlich Wachstum, Umsatz und Arbeitsplätze schaffen würde, wenn es nicht immerzu in seiner freien Betätigung beschränkt würde. Wirtschaftsminister Clement bläst zum Sturm auf eine „alles bremsende Bürokratie“ und scheint selbst nicht mehr zu wissen, wozu das Land einmal Ladenschlussgesetze, Arbeitszeitregelungen, Tarifrecht und Umweltschutzbestimmungen eingeführt hatte. Kapitalismus ohne Staat – das wär's! Westerwelles Blödsinn eines kapitalistischen Anarchismus findet Anhänger in der Regierung, deren alltägliche Verwaltung des Kapitalismus doch davon zeugt, wie viel Gewalt, Ordnung und Aufsicht es braucht, damit das Privateigentum Bestand hat, das Gegeneinander der Eigentümer zu einem Nationalprodukt zusammenwirkt und zur materiellen Grundlage eines nationalen Lebens taugt. Die Regierung will nichts mehr davon wissen, dass die *staatliche Sicherung der Bedingungen des kapitalistischen Geschäfts* dem Geschäft immer *in der Form von Kosten, Beschränkungen und Auflagen gegenübertritt*. Sie verschreibt sich dem Widerspruch, den Unternehmern förderliche Bedingungen zu verordnen, ohne dass die in solchen gesetzlichen Regelungen irgendeine Beschränkung entdecken können. Ihnen will sie das notwendige Moment von Gegensatz gegen das Profitinteresse ersparen und bemüht sich ganz im Sinn eines „geschäftsführenden Ausschusses der herrschenden Klasse“, nichts als deren aktu-

elle Interessen zum Staatsprogramm zu machen und der Gesellschaft aufzudrücken – auf Kosten nicht nur der sozialen Opfer der Profitmacherei, sondern auch des Staatshaushaltes selbst und all der Leistungen für den Wirtschaftsstandort, die aus ihm finanziert werden. In einem bisher nicht gekannten Ausmaß nimmt sie Aufsicht und Kontrolle gegenüber dem Geschäft und seinen Nebenwirkungen zurück; setzt ihre Macht andererseits ungeniert ein, um den Profit zu fördern: Aktiv bekämpft sie den nationalen Lohn, zwingt Arbeitslose in Billigjobs und bringt sie als Hebel gegen den Tariflohn zum Einsatz, demontiert das standortschädigende Niveau der sozialen Sicherungen und zieht unternehmerfreundliche Steuerreformen durch. Intern streitet sie sich darüber, ob dem Kapital überhaupt noch gesetzliche Auflagen gemacht werden dürfen und nicht einfach alles, was als Forderung ans Kapital erscheinen könnte, von Übel ist.

1.

Die Selbstkritik der Regierung stimmt die Herren Unternehmer nicht milde, sondern lässt ihre Ansprüche ins Maßlose wachsen. Je mehr sie hochoffiziell zur Rücksichtslosigkeit bei der Verfolgung ihrer Interessen – auch gegen Voraussetzungen und Bedingungen des eigenen Geschäfts – ermächtigt sind, desto konsequenter greifen ihre Vertreter jede dann doch von der Regierung unverzichtbar gefundene Verpflichtung und Rücksicht als unerträgliche Freiheitsberaubung des Unternehmerstandes an, die der sich nicht bieten lassen kann. Sie bestehen auf der unumschränkten Gleichsetzung ihrer privaten Bereicherungssucht mit dem Gemeinwohl der Nation, die ihnen von Staat und Öffentlichkeit ja wohl konzedierte worden ist. Drei Streitfälle einer Woche:

Eine neue Gesetzesinitiative zur Bekämpfung der Schwarzarbeit stößt auf entschlossene Ablehnung der Wirtschaft: „Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetz nur eine repressive Strategie verschärfter Abschreckung und schärferer Verfolgung. Da es sich bei der Schwarzarbeit aber um den Versuch handelt, Steuern und Sozialabgaben zu sparen, müsste die Senkung von Steuern und Abgaben der Kern jedes gesetzlichen Handelns sein. Nur so ließen sich die Nutznießer der Schwarzarbeit von ihrem Tun abbringen.“ (FAZ 24.03.04) Mit größter Selbstverständlichkeit rechtfertigen die Unternehmerverbände die immer schon verbottene Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben beim Arbeitgeben als eine Art Notwehr, zu der sich ihre Mitglieder durch die Abgaben gezwungen sehen, die sie zu bezahlen hätten. Die coolen Lobbyisten halten der Regierung ihre Ohnmacht gegenüber dem illegalen Arrangement von Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor Augen und belehren sie darüber, dass rechtliche Zwangsmaßnahmen vielleicht beim niederen Volk angebracht sein mögen, nicht aber bei ihrem ehrenwerten Stand:

**Fortsetzung S. 3, Spalte 1 oben**

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Welt ist voller Menschen. Du bist einer, ich schon wieder, sogar der Bundeskanzler. Aber worum handelt es sich da bei uns? Wer ist der Mensch in uns allen? Das sind so Fragen. Die rufen nach Aufklärung, und die Wissenschaft hält, was sie verspricht: Den Menschen kennt sie ganz genau, und zwar je nach Fach anders. Diesmal:

Der Mensch in der Politologie:

### Ein gewaltiger Chaos mit dem Willen, sich einer Staatsgewalt unterzuordnen

Politologen gehen von der Vorstellung aus, dass Menschen *ohne* Unterordnung unter eine Recht setzende höchste Gewalt bei der Verfolgung ihrer Anliegen – sei es der Kauf eines Autos, der Bau eines Eigenheims oder der Besuch eines Konzerts – laufend aneinander geraten würden; dass *ohne* Staat bald ein „Krieg aller gegen alle“ ausbrechen und *ohne* Recht und Gesetz ein Chaos einreißen würde, in dem niemand mehr zum Zug käme, so dass bewiesen wäre: Wo Interessen sich uneingeschränkt betätigen können, da kommen sie nicht zur Geltung, weil sie sich wechselseitig behindern. Diese Paradoxie handeln Politologen wie einen Erfahrungssatz: Dass dort, wo sich Interessen geltend machen, immer und überall Interessensgegensätze auftreten, wollen sie durch einen Blick in die Welt, die es gibt, erfahren haben. In der blühen in der Tat die schönsten Gegensätze. Zwischen Mieter und Vermieter, Ehemann und Ehefrau, Lohnarbeiter und Unternehmer, Gläubiger und Schuldner usw. – allerdings kein einziger „ohne Staat“. Das Material der politologischen Vorstellung ist eine Welt, in der alles unter staatlicher Aufsicht steht; in der es der dem Staat unterstellten Mannschaft zur Lebensaufgabe gemacht wird, sich an den von ihm gesetzten Bedingungen zu bewähren; in der vom Eigentum bis zur Familie alle Interessen rechtlich definiert sind; und in der deswegen Interessenskollisionen allemal die Form haben, dass sich *berechtigte* Interessen wechselseitig um ihre Zurückweisung bemühen. Ausgerechnet in dieser Welt wollen Politologen entdeckt haben, wie sich *der Mensch ohne Staat* benimmt. Den

Grund der aus der staatlichen Wirklichkeit herbeizitierten Gegensätze verlegen sie damit außerhalb dieser Wirklichkeit, in den Menschen. Der Mensch, so getrennt von seiner staatlichen Wirklichkeit gedacht, ist einerseits nicht von dieser Welt. Ein Geistersubjekt. Andererseits und im Widerspruch dazu soll dieses Geistersubjekt Grund all der Rechtskollisionen sein, die dem Politologen aus der staatlichen Wirklichkeit bekannt sind, und so bekommt der Mensch von seinem politologischen Schöpfer eine Eigenart zugesprochen, die erkennen lässt, dass das vorstaatliche zoon politikon vom Standpunkt der Einhaltung der Staatsordnung her definiert ist: Ohne Staat würde der Mensch gegen all das verstoßen, was der Staat gebietet. Ohne Staat gäbe es allerdings die Gebote gar nicht! Politologen brauchen nur ihre staatsbürgerliche Phantasie anzuwerfen, um sich diesen Widerspruch auszumalen: Der Mensch in der Politologie ist der wild gewordene Staatsbürger, der Feind jeder Straßenverkehrsordnung, die Konkurrenzsau, die sich über alle staatlich gesetzten Gebote der Konkurrenz hinwegsetzt, kurz: der permanente Störfall jeder staatlichen Ordnung, aus Prinzip.

Von diesem Bild des Menschen aus leuchtet es den Politologen schwer ein, dass diese Kreatur gebündigt gehört. Die Notwendigkeit der Staatsgewalt leiten sie ab aus dem in die Menschennatur verlegten Bedürfnis, gegen Gesetze zu verstoßen. Was ihnen da einleuchtet, ist ihr eigener Staatsfanatismus, der ihnen ein geltend gemachtes Interesse gar nicht anders in den Blick geraten lässt als unter dem quasi

juristischen Verfolgungsgesichtspunkt der Rechtsverletzung. Was sie als Ableitung des Staates aus der Menschennatur anbieten, ist ihr Standpunkt: Den Staat muss es geben, damit seine Ordnung gilt. Und von diesem Standpunkt aus basteln sie weiter an ihrem Menschenbild. Das hat nämlich für sie noch einen entscheidenden Haken: Mit dem vorgestellten gewalttätigen Chaoten lässt sich kein Staat machen; er eignet sich denkbar schlecht dafür, Gehorsam zu üben. Ihnen fällt selber auf, dass die von ihnen behauptete Notwendigkeit des Staates nur moralischer Natur war, dass sie dem Inhalt nach seine Unmöglichkeit begründet haben und machen von da aus den logisch bedenklichen Übergang, am Menschen nach einer Möglichkeit des Staates zu suchen. Mit dem Mut zum Risiko dichten sie, kaum haben sie den Wolf im Menschen entdeckt, ausgerechnet dieser Bestie das Bedürfnis nach einer Herrschaft an, die sie in den Griff kriegt, und lassen ihren Menschen einen „Gesellschaftsvertrag“ unterschreiben, mit dem er freiwillig seine Unterwerfung unter die Macht des Staates besiegelt. Nun darf man sich den Menschen zur Abwechslung als einen vorstellen, der die politologische Einsicht in die Notwendigkeit des Staates teilt. Ihm leuchtet der Widerspruch ein, dass sich sein Interesse nur geltend machen lässt, wenn es in Schranken gewiesen wird, und er ist deswegen selber für seine Beschränkung. Nur: Gerade das lässt die *Gewalt* des Staates einigermaßen überflüssig erscheinen, deren Notwendigkeit die Politologen begründen wollen; den Weg zum eigenen Erfolg muss man nicht aufzwingen bekommen. Also muss man sich doch wieder an den bösen Wolf zurückerinnern. – Politologen behaupten, dass der Staat dem Menschen entspricht. Dass der es gut getroffen hat mit einer staatlichen Herrschaft über sich, die seinen Gehorsam gebietet, begründen sie nicht mit irgendwelchen gegenseitigen Eigenschaften der Staatsmacht. Sie konstruieren sich umgekehrt den Menschen, der dem Staat entspricht. Dabei sind sie sehr konsequent. Heraus kommt ein Idiot, dem jede Beschränkung als seine Freiheit einleuchtet. Das spricht nicht für den Staat.

Man kläre stattdessen vielmehr, „*was wissenschaftliche Erkenntnis sei, und überlege, wodurch sie möglich werde, aber auch, wo die nicht bloß vorübergehenden, sondern grundsätzlichen Grenzen liegen*“, empfiehlt da einer, der es schon deswegen wissen muss, weil er sich ausschließlich an seine Empfehlung hält und der wirklichen Wissenschaft die Existenz bestreitet, indem er über die Bedingungen ihrer Möglichkeit sinniert. Dann erkennt man nämlich früher oder später eindeutig, dass Erkennen durchaus möglich ist. Aber eben doch nur unter Bedingungen, die in letzter Instanz Erkenntnis unmöglich machen, denn die menschliche Vernunft ist ein vertracktes Ding. An sich denkt sie ja über die Dinge, wie sie sind, und das geht ganz in Ordnung, solange man „*keine positivistischen Frageverbote aufstellt*.“ Weil nämlich die philosophisch eigentlich spannende Frage die ist, wie der Mensch „*die Dinge-an-sich*“ als ganz und gar wirkliche, also so denken können soll, wie sie sind, ohne dass er sie denkt – und das kriegt er einfach ums Verrecken nicht hin! Macht aber letztlich nichts. Wenn er sich nur immer dessen eingedenk ist, beim Streben nach Erkenntnis „*ihrer auf wissenschaftlichem Weg nie mächtig*“ zu sein: Dann liegt er mit der „*Deutungsmacht*“ seiner Vernunft goldrichtig und hat Gott und die Welt im Griff. Erstens Gott: An den können wir unbesorgt glauben, denn „*Kant verdanken wir*“ nicht nur die gesicherte Erkenntnis, dass das Höchste Wesen mit unserem Verstand gar nicht zu fassen, aus demselben Grund aber auch nicht als bloßes Hirngespinnst abzutun sei. Mit dieser Idee können wir Kant auch für die Sicherheit in all unserem sittlichen Streben und Trachten Danke sagen und uns mit Gott zu dem letztinstanzlichen „*Kriterium*“ beglückwünschen, „*das die vorgeblichen Tugenden von den tatsächlichen zu unterscheiden vermag*“ – und seien wir ehrlich: Exakt darüber zu richten – das liegt uns doch bei der Frage: ‚Was sollen wir tun?‘ als Antwort schon immer auf der Zunge! Damit sind wir zweitens schon aufgeklärt genug, auch unsere weltlichen Dinge erfolgreich zu bemestern. Denn eine wissenschaftliche Vernunft, die in weiser Einsicht in ihre „*grundsätzlichen*“

Fortsetzung Seite 3, Spalte 4 Mitte

DIE IMPERIALISTISCHE KONKURRENZ  
UM EUROPA KOMMT VORAN...  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

frage von vornherein entschieden, Mitgliedschaft mit Unterordnung ziemlich gleichbedeutend. Die EU schreibt dagegen ihren Widerspruch fort, dass die Einbindung der schwächeren Mitglieder, die die führenden Mächte für ihren Hoheitsanspruch über den ganzen Kontinent brauchen, nur zu der Bedingung zu haben ist, dass sie freiwillig erfolgt und allen Beteiligten eigene, auch abweichende politische Berechnungen gestattet bleiben. Das ändert freilich nichts an der „Räson“ der Union und schon gar nichts an der Absicht, in der ihre Führungsmächte die Osterweiterung betreiben. Deren Absicht geht eben dahin, *sich als maßgebliche, letztlich als alleinzuständige europäische Ordnungsmacht* aufzubauen und ihren Kontinent insgesamt dem dominierenden strategischen Zugriff der USA Stück um Stück zu *entziehen*.

Die doppelte Osterweiterung „des Westens“ ist somit Teil des zunehmend fundamentalen *inner-„westlichen“* Machtkampfes: der Konkurrenz zwischen Europas relativen Großmächten Deutschland und Frankreich und der absoluten Weltmacht USA um die politische Vormundschaft über den Osten Europas und damit um die Beherrschung des alten Kontinents insgesamt. In diesem Konkurrenzkampf sieht die europäische Seite sich zu mehr heuchlerischen Beschönigungen und Dementis genötigt als die amerikanische, vor allem aus Rücksicht auf die Überlegenheit der immer noch verbündeten Weltmacht. Dabei spekulieren Europas Anführer jedoch in kaum verhohlenen Zynismus auf die „überzeugende“ Wirkung der institutionellen Zwänge und ökonomischen Sachzwänge, die die Mitgliedschaft im europäischen Club für die neu aufgemachten Kapital-Standorte im Osten mit sich bringt. Über die und auf deren Rücken, mit konkurrierenden Erpressungsmanövern, führen beide Seiten ihren Kampf um die Macht über Europa.

#### 5.

Den neuen Bündnispartnern bleibt das auch keineswegs verborgen. Sie kommen nicht umhin zu realisieren, dass ihre Hoffnung auf einander sinnreich ergänzende Dienste beider Bündnisse an ihrem nationalen Neuaufbau illusionär ist. Ihr *Interesse*, in der Allianz mit Amerika ihre strategische „Heimat“, in der Union mit dem ‚alten Europa‘ eine ökonomische Erfolgsgarantie zu finden, ist damit freilich nicht weg: Sie haben kein anderes; Alternativen haben sie weder in Betracht gezogen noch zugelassen. So versuchen sie, aus ihrer doppelten Funktionalisierung für entgegengesetzte Macht- und Zuständigkeitsansprüche das Beste zu machen, nämlich aus ihrer Einordnung in das eine Bündnis ein politisches Instrument zur Selbstbehauptung in dem andern. Dabei kommt allerdings auch nicht viel mehr heraus als ein Offenbarungseid über das Resultat ihres unbedingten Anschlusswillens: Jetzt müssen sie *zwei Herren dienen*, die gerade an ihnen, nämlich in der Frage ihrer weltpolitischen Bevormundung und Vereinnahmung, den eigenen Konkurrenzkampf vorantreiben.

Das ist die Freiheit, die der Imperialismus des 21. Jahrhunderts seinen osteuropäischen Neuerwerbungen zu bieten hat.

Nachdruck aus

#### GEGENSTANDPUNKT 2-04

Ab 11. Juni 2004 im Buchhandel erhältlich:  
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,  
Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg  
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38,  
90473 Nürnberg  
Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag,  
Türkenstr. 57, 80799 München  
Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05  
Email: gegenstandpunkt@t-online.de

Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
www.sozialistischegruppe.de  
E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

## Zum 200. Todestag Immanuel Kants:

Repräsentanten von Macht und Geist in Deutschland sind sich einig:

### Der Königsberger Philosoph – das ist „einer von uns“!

Da scheint etwas dran zu sein, jedenfalls hat der Alte sehr vielen Wichtigen im Land „*sehr viel Wichtiges zu sagen*“. Man muss nur die richtigen Fragen stellen, etwa: „*Wie philosophiert man im Zeitalter der Globalisierung?*“, und schon wird einem klar, was man da in Kant für einen Schatz von Antworten hat. Dem deutschen Außenminister zum Beispiel. Der ist zwar sehr auf Globalisierung spezialisiert, hat wegen der vielen vitalen deutschen Interessen, um die er sich kümmern muss, naturgemäß keine Zeit, Kant zu lesen. Den kategorischen Imperativ aber kann er im Schlaf und handelt auch noch beim Nichtlesen von Kant stets so, dass er wollen kann, dass die *Maxime* seiner Handlung allgemeines Gesetz werde: „*Pflichtlektüre*“ ist der für ihn. Für Philosophen gilt das von Haus aus, nur haben die eben umgekehrt von Berufs wegen keine Zeit, sich mit deutscher Außenpolitik zu befassen. Dafür weiß einer von ihnen dank seiner ausgiebigen Studien über Meta-Physisches, dass „*in der Politik, besonders der internationalen, kantische Prinzipien aus der Sackgasse führen könnten, in die uns eine auf das Wirtschaftliche beschränkte Globalisierung und das rücksichtslose Machtstreben einer befreundeten Supermacht gebracht haben*.“ In „*Sackgassen*“ verfranst haben sich die Mächte! Weil sie in ihrer Fixiertheit auf wirtschaftlichen Nutzen das höhere Potential ignorieren, das in Globalisierung steckt. Weil eine von ihnen, die „*Supermacht*“ auch noch, nach dem 11. September von allen guten machtpolitischen Sitten verlassen wurde. Und aus diesen und allen anderen Drangsalen, die Nationen auf den höchsten Ebenen ihrer Konkurrenz um Geld und Macht so haben, hilft Kant „*uns*“ heraus! Mit einem Büchlein! Weil er nämlich schon ganz früh gewusst hat, dass ohne eine geschickte Metaphysik der Sitten Weltpolitik im

Jahre 2004 im Grunde genommen gar nicht so recht funktionieren kann! Und er hat auch schon, wie ein anderer tiefer Denker von heute herausgefunden hat, den nötigen klaren Appell an die praktische Vernunft der Staatenlenker verfasst: „*Eine Konzeption der Gerechtigkeit, die Staatsgrenzen transzendierte und Individuen als moralische und rechtliche Personen einer übernationalen Zivilgesellschaft betrachtete*“, floss ihm aus der Feder, und das ist schon erstaunlich. Denn seine Konzeption ist ja exakt die Globalisierung, deren Herausforderungen heute alles politische Können in Anspruch nehmen! – oder doch nehmen müssten, wäre da nicht die erwähnte Sackgasse. Die vielen Mühen jedenfalls, die Staaten bei ihren Kämpfen um den ewigen Frieden auf sich nehmen gelten letztendlich und eigentlich nichts anderem als jenem zivilgesellschaftlichen Menschenrecht, das – so oder ähnlich – schon Kant vorschwebte! Von NATO und den anderen Verantwortlichen, die sich um den „*moralischen Universalismus*“ kümmern, der heute Demokratie heißt, konnte er freilich in seinem „*Entwurf einer globalen Rechts- und Friedensordnung*“ noch nichts wissen, den wiederum ein anderer Philosoph beim ihm aufgeschriebenen gefunden hat. Umso erstaunlicher, wie perfekt diese „*ungewöhnlich breite Weltkenntnis*“, zu der ein Kant mit seinem sittlich-moralisch geschärften Verstand gelangt ist, auf die Welt von heute mit ihren Saddams und Bin-Ladens passt! Und vor allem natürlich auf die Kategorien, mit denen wir diese Welt zu erkennen pflegen. Denn auch auf eine zweite, gestern wie heute brandaktuelle Frage: „*Wie philosophiert man im Zeitalter der Naturwissenschaften?*“, hat Kant goldwerte Antworten hinterlassen. Indem man philosophiert, heißt deren allererste, also weder über die Natur noch sonst etwas Reales Wissenschaft treibt.

**WER IST HIER UNPATRIOTISCH?**

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

Der kann von illegalen Geschäften nicht durch Verbot und Strafandrohung, sondern nur dadurch abgebracht werden, dass der Staat den Anreiz zum Rechtsbruchs beseitigt: Legale Arbeit müsste ebenso billig und ohne alle Auflagen zu haben sein wie die illegale, dann würden die Nutznießer zuverlässig auf die Benutzung der Schwarzarbeit verzichten. Rotzfrech „warnen die Wirtschaftsverbände die Bundesregierung vor einer Kriminalisierung der Arbeitgeber.“ Wenn diese nämlich Gesetze übertreten, die sie bei ihrer Profitmacherei stören, dann disqualifiziert das nicht die Rechtsbrecher, sondern die Gesetze! Solche Gesetze gehören übertreten; sie sind eigentlich selbst illegal! Unter vernünftigen Gesetzen, dann nämlich, wenn das Recht sich nach den Bedürfnissen der Kapitalisten richtet und nicht umgekehrt, könnten die ja gar nicht kriminell sein. Wenn die Regierung also unbedingt kriminalisieren will, soll sie die Schwarzarbeiter nehmen und nicht die Schwarz-Arbeitgeber.

Volles Contra für Trittins Emissionsrechte beim klimaschädlichen Kohlendioxid: Da gibt sich die Regierung alle Mühe, die als nötig erkannte und international vertraglich zugesicherte Reduktion der Emission des Treibhausgases in einer Weise durchzusetzen, die der Wirtschaft ja nichts abverlangt, was sie belasten könnte. Bei der erlaubten Höchstmenge des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes orientiert sie sich an einer früheren Selbstverpflichtung der Industrie und die Art und Weise der Beschränkung gestaltet sie so wirtschaftsfreundlich wie möglich. Sie macht das Recht zur Emission zu einem Handelsartikel und stiftet mit der unvermeidlichen Schranke gleich eine neue Geschäftschance; findige Unternehmenslenker können ausrechnen, ob es billiger ist, die eigenen Anlagen energieeffizienter und ungenutzte Emissionsrechte zu Geld zu machen, oder ob es sich mehr lohnt, alte Technik weiter und vermehrt zu nutzen und entsprechende Luftverschmutzungsrechte dazu zu kaufen. Das von ihren Lobbyisten hochgelobte marktwirtschaftliche Lenkungsinstrument würden die Unternehmer schon akzeptieren, aber nur wenn der Umweltminister ihnen kostenlos mehr Emissionsrechte zuweisen würde, als sie gegenwärtig nutzen können. Nicht benötigte Lizenzen könnten sie ins europäische Ausland verkaufen und so aus politischen Entscheidungen direkt Geld machen. Da die Regierung die Rechte aber knapp bemessen wollte, damit sie ihrer offiziellen Sinngebung entsprechend zu – und sei es noch so moderaten – Rückgängen der Emissionen anreizen, steht die Antwort der Unternehmer fest: Sie drohen mit der Abwanderung und bestehen darauf, dass sich die politische Macht nach ihren Interessen zu richten hat, und nicht etwa sie sich nach Bedürfnissen des Staates. „Allein der Emissionshandel werde Zigtausende Stellen in Deutschland kosten, wenn er so eingeführt werde, wie es Umweltminister Trittin plane. Die Arbeitslosigkeit hat eine Farbe: Sie ist grün! Wenn Herr Trittin die Unternehmen noch weiter belaste, werden sie noch schneller abwandern.“ (Rogowski, FAZ 23.03.04)

Bloß keine Ausbildungsplatz-Abgabe! Die Regierungspartei diskutiert ganz vorsichtig, ob es nicht doch ein Feld geben könnte, auf dem die Unternehmer der Nation einen Dienst schuldig bleiben, den sie verlangen kann. Das duale System der Berufsausbildung funktioniert nämlich so, wie es für die Unternehmer funktioniert, für den Bedarf des Staates nicht mehr. Dabei hat der Staat sein Ziel, die Abgänger der Volksschulen möglichst komplett in die Berufsausbildung zu überführen und zu gut erzogenen Lohnarbeitern herzurichten, immer schon so verfolgt, dass er es dem Geschäftssinn der Unternehmer überantwortet hatte, Lehrlinge nach Bedarf anzuheuern und anzuwenden. Ausbildung im Ausbeutet-Werden geht daher so, dass Lehrherren die Jugend in den Arbeitsprozess ihrer Läden, Werkstätten etc. eingliedern, nach und nach voll mitarbeiten lassen und dafür keinen Lohn sondern eine Art Taschengeld bezahlen. Deshalb musste sich der Staat jahrzehntelang nicht um Lehrstellen sorgen, sondern allenfalls darum, dass die Lehrlinge außer Gehorchen und Sich-Anpassen an die Anforderungen ihres besonderen betrieblichen Arbeitsplatzes überhaupt noch lernten, was eine überbetriebliche Qualifikation, das „Berufsbild“ eben verlangt

und eine allgemeinere Verwendbarkeit des Ausgelernten als nur bei diesem einen Lehrherren eröffnet. Dafür sorgt im dualen System erstens die Berufsschule und zweitens eine Ausbildungsordnung, die dem Betrieb zwar einen Kanon der Lehrziele vorgibt, dessen Einhaltung aber kaum überprüft wird. Beim heutigen Überangebot an Arbeitskräften und zugleich sinkender Nachfrage ändert sich auch das „natürliche“ Interesse der Unternehmer an Lehrlingen. Sie finden für jeden möglichen Bedarf mehr als genug ausgebildete Arbeitskräfte mit Berufserfahrung auf dem Arbeitsmarkt vor – und das oft für Löhne, die nicht weit über den Ausbildungsvergütungen der Lehrlinge liegen – jede Ich-AG ist eine Konkurrenz für den Lehrling. So sinkt die Zahl der Lehrstellen; am wenigsten in den Bereichen, in denen Lehrlinge schon immer einen großen Teil der Arbeit erledigt haben – am Bau, bei Friseuren etc.; am meisten in der großen Industrie, die an ihre diffizilen Anlagen keine Lehrlinge stellen kann und neben dem Produktionsprozess Lehrwerkstätten betreibt, in denen sie den Nachwuchs auf seinen Arbeits-einsatz im dritten Lehrjahr vorbereitet. Die Konzerne finden die Züchtung einer für ihre Anforderungen tauglichen Stammebelegschaft inzwischen kostspielig, weil der bisherige Aufwand dafür ebenso überflüssig geworden ist wie die Pflege einer Stammebelegschaft. Daher kommen, wenn das Kapital nach Maßgabe seines Bedarfs ausbildet, Jahr für Jahr größere Teile der Schulabgänger gar nicht erst in den Genuss einer Vorbereitung auf die proletarische Karriere. Ihnen gilt eine spezielle Sorge des Staates: Schulabgänger ohne Lehrstelle, Arbeit und Erwerbsperspektive entfallen nicht nur als vielleicht doch einmal gebrauchte Arbeitskraftreserve, sie könnten wegen der damit verbundenen Verwahrlosung auch aufhören, Teile des berechenbaren und rechtstreuen Volkes zu bleiben. Die Regierung hält es für nötig, dass auch ohne hinreichenden Bedarf der Wirtschaft, also ohne Aussicht auf Anstellung nach der Lehre, allen Schulabgängern wenigstens der Erwerb der Qualifikation „Arbeitsmarktfähigkeit“ ermöglicht wird, d.h. der Fähigkeit und Berechtigung sich überhaupt an der Konkurrenz um Arbeitsplätze zu beteiligen. Sie will die Unternehmer dafür gewinnen, ihre Rolle in der dualen Ausbildung in ausreichendem Umfang zu spielen und erinnert sie öffentlich daran, wie an eine Pflicht, die diese gegenüber dem Gemeinwesen eingegangen wären. Der nachdrücklichen Erinnerung dient das Kunstwerk eines Gesetzes, dessen Pfiff darin bestehen soll, möglichst nie angewendet zu werden. Die vage Drohung mit der Möglichkeit einer Abgabe, die nicht ihrer Größe entsprechend ausbildende Betriebe zugunsten der überproportional ausbildenden entrichten müssten, macht die staatliche Forderung an die Unternehmer zwar schon wieder zu einem Angebot an ihre Kalkulation – mit Ausbildung ließe sich unter dem neuen Gesetz also extra Geld verdienen! Dennoch soll es soweit nicht kommen. Das Gesetzesvorhaben hat das erklärte Ziel, von einer freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft überflüssig gemacht zu werden. Diese vorsichtige, in der SPD selbst heftig umstrittene, ge-setzesförmige Ermahnung erfährt von Seiten der Unternehmer eine kompromisslose Absage: „Die Strafsteuer ist ein neuer Schlag gegen personalintensive Unternehmen. Die Regierung zerstört das bewährte Modell und damit die hohe Ausbildungsquote der Bauwirtschaft.“ (Handwerksminister Präsident Philipp, FAZ 24.03.04) Das „bewährte Modell“ mag im Sinn seiner Handwerker funktionieren, dass es seine öffentliche Funktion nicht erfüllt, nimmt der oberste Handwerker nicht einmal zur Kenntnis. Für seinen Stand darf es so etwas wie eine Pflicht zur Ausbildung nicht geben. Wenn das Ausbilden nicht mehr ausschließlich ein Dienst am Interesse der Unternehmer sein und sich nicht ausschließlich nach ihrem Bedarf richten soll, dann bilden sie erst recht nicht mehr aus. Sie drohen, „sich von ihrer Ausbildungspflicht freizukaufen“. Dann kann die Regierung sehen, wo sie mit ihrer chancenlosen Jugend bleibt.

**2.**

Schröders Mannschaft fühlt sich ungerecht behandelt; sie ist ihrerseits unzufrieden – nämlich mit der Unzufriedenheit der Unternehmer mit ihr. Sie hätte erwartet, dass man ihr Bemühen würdigt, den Kapitalisten alle Lasten abzunehmen, sie nur noch zu fördern und gar nicht mehr zu fordern – und dann diese Rufschä-

digung durch den Stand, dem sie selbst das Recht aufs entscheidende Urteil über ihre Politik eingeräumt hat. Der sabotiert offen alles, womit die rot-grüne Regierung das Wachstum in Deutschland wieder in Fahrt bekommen will, er betreibt ihre Demontage und möglichst frühe Ablösung. Dagegen schlägt der Kanzler zurück: Immer noch repräsentiert der gewählte Regierungschef nicht nur eine Partei, sondern Deutschland – und wer rot-grün so angeht, schädigt Deutschland. Die Wirtschaft, die so tut, als hätte sie das Gemeinwohl gepachtet, zeigt selbst keine Verantwortung gegenüber dem Großen Ganzen: „Wer den Standort schlecht redet, anstatt die Probleme hier zu lösen, handelt unanständig und verantwortungslos. Wer ins Ausland geht, ist kein Patriot“ (Schröder, FAZ 23.03.04). Generalsekretär Benneter setzt noch eins drauf und belegt die Herren Unternehmer mit dem Schimpfwort, das vor 100 Jahren einmal und auch damals schon zu Unrecht den Sozialdemokraten gegolten hatte: „Vaterlandslose Gesellen“. An all den sozialen Schäden, die das Geschäft des Kapitals heute produziert und fordert, stören sich die regierenden Sozialdemokraten in einer Hinsicht: Deutschland hat nichts davon! Der Dienst, den die Nation sich für ihre Reformen und die sozialen Opfer, die sie damit schafft, vom Kapital erwartet hätte, lässt auf sich warten. Deshalb müssen sich die Herren Unternehmer schon einmal gefallen lassen, vom Kanzler daran erinnert zu werden, dass auch sie eine Bringschuld hätten – eigentlich. Tatsächlich kündigt der verbale Ausschluss aus dem Kreis der guten Volksgenossen, die den schuldigen Dienst am Vaterland leisten, keinen Kurswechsel in der Reformpolitik an, sondern fortgesetzte Anstrengungen, das Kapital doch noch mit dem Standort, den es so schlecht redet, zu versöhnen und für mehr Investitionen zu gewinnen. Der kalkulierten Verbalinjurie lassen Schröder & Co lauter neue Verwässerungen und Abschwächungen der geplanten Gesetze folgen. Für ein Deutschland, das die „Chancen der Globalisierung nutzen“ und an der Ausbeutung der ganzen Welt mitverdienen will, verbieten sich eben Verbote und Zwänge gegenüber landflüchtigen Unternehmern.

Zu einer wahlwerbenden Grußadresse an die arg enttäuschte sozialdemokratische Wählerbasis taugt die Kapitalistenschelte freilich schon: Seinen Wählern lässt der Kanzler erst gar keine Chance, sich patriotisch daneben zu benehmen und etwa ihre materiellen Interessen über die der Nation zu stellen, wenn er sie mit seiner Agenda 2010 verschärft fürs Kapital in den Dienst nimmt. Dafür dürfen sie sich ihre erzwungene Verarmung als einen Akt der Verantwortung für Deutschland zugute halten und ein kleines Ressentiment gegen die Unternehmer pflegen, die sich nicht ebenso selbstlos der Nation zur Verfügung stellen wie die, die gar nicht gefragt werden. Die Unversöhnlichkeit, mit der die Regierung selbst den Gegensatz der Interessen von Kapital und Arbeit exekutiert, ergänzt sie damit, dass sie den Opfern ihrer Politik gegenüber die Ideologie vom „Großen Wir“ aufwärmt, dem alle zum Wohle aller Opfer zu bringen hätten.

**3.**

Damit hat der Kanzler einen feinen Streit losgetreten. Die Unternehmer lassen sich nationale Pflichtverletzung nämlich nicht nachsagen und bestehen neben allem anderen auch noch darauf, dass ihrem Geschäft mit der Ausbeutung höchste sittliche Anerkennung zusteht. Wenn Volk und Regierung schon von ihrer Geldvermehrung abhängig sind, sollen sie sie gefälligst auch achten: Erstens tun die Unternehmer nur, wozu sie berechtigt sind, wenn sie die größere Armut im Ausland nutzen und Leute für einen Bruchteil des deutschen Lohns ausbeuten. Zweitens tun sie auch das aus lauter Verantwortung für Deutschland – schließlich will die Nation erfolgreiche Firmen im Land haben: „Die Wirtschaft ist globalisiert, deutsche Firmen müssen sich im internationalen Wettbewerb behaupten, sie können nicht mehr im nationalen Rahmen kalkulieren.“ Drittens mögen die Unternehmer die moralische Heuchelei, dass der Abbau von Arbeitsplätzen stets der Rettung der Arbeitsplätze dient, die nicht abgebaut werden, so sehr, dass sie diese Formel ihres Dienstes an der Allgemeinheit zur kompletten Karikatur treiben und sogar auf ihre profitsteigernde Auswanderung anwenden: „Unternehmer sollen die Chancen nutzen, die in der Osterweiterung lie-

gen. Das ist ein Rezept, um Arbeitsplätze und Lehrstellen in Deutschland zu sichern.“ (DIHK-Präsident Braun, FAZ 23.03.04) Denn die Chefs können sich die unsinnig hohen deutschen Löhne nur leisten, wenn sie Teil einer Mischkalkulation mit slowakischen Hungerlöhnen sind. Und daraus folgt viertens, dass die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften aus Verantwortung für deutsche Arbeitsplätze ihre Löhne gefälligst auf das slowakische Niveau herunterschleusen müssen: Hohe Löhne sind unpatriotisch.

Wer sagt's denn mal wieder: „Vaterlandslos sind Arbeitnehmer, die nicht bereit sind, längere Arbeitszeiten zu akzeptieren und starre Tarifregelungen aufzulösen, – und dann japanische Autos kaufen.“ (Glos, CSU) – anstatt dass sie so billig arbeiteten wie die Slowaken und ihre Löhne für teure deutsche Autos ver-ausgaben – das wäre Patriotismus! Und wer ist schuld an dem ganzen verkehrten Lohn- und Sozialniveau? „Vaterlandslos ist eine Regierung, die mit wirtschaftsfeindlicher Überregulierung das Kapital ins Ausland treibt.“ (Merz, CDU) Aber damit landen wir ja nur wieder am Anfang der Endlosschleife des aktuellen demokratischen Dialogs.

**ZUM 200. TODESTAG IMMANUEL KANTS**  
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 3 unten

„Grenzen“ sich gar nicht erst vornimmt, den Gegebenheiten dieser Welt auf den Grund zu gehen, kann sich um so besser auf das konzentrieren, was ihr eigentliches inneres Drangsal ist: Schlechterdings „unvermeidbar ist ihr Interesse an Gesetzen (...) für das, was getan werden soll. Diese, die moralischen Gesetze, richten sich nicht bloß an natürliche Personen, sondern auch an deren geordnetes Zusammenleben, ihre Gemeinwesen.“ Sieh an der leeren Idee von moralischer Gesetzmäßigkeit zu erbauen, ein Sittengesetz auszuspinnen, aus dem sich die Antworten auf alle „Kernfragen“ von Schröders Verantwortlichkeit für die Zukunft der Weltbürgergesellschaft bis hinunter zur Gentechnik ableiten lassen: Das ist das Interesse, dem wir uns in der Nachfolge Kants unvermeidlich hingeben müssen!

\*

So geht es dahin im 200. Todesjahr des Königsbergers. Außenminister und Staatssekretäre, Philosophen Gottes wie der Zivilgesellschaft, empirische Sozial-, analytische Sprachwissenschaftler und dazu noch die Tiefsinns-Dilettanten aller Feuilletons: Als ob da anlässlich des runden Jubiläums an einen Haufen von Schläfern des Deutschen Idealismus ein Weckruf ergangen wäre, nehmen sie als „bekennende Kantianer“ zu Gott und der Welt Stellung, und das ist nicht nur theoretisch betrachtet ein Skandal, sondern ersichtlich auch noch eine ziemlich leichte Übung. Irgendeinen dummen Spruch zu Politik und Frieden, Glauben, Moral und Wissenschaft, der sich erfolgreich auf Kant beruft und als so taurische wie ungemein nützliche Erkenntnis für die Welt von heute durchgeht, hat da noch jeder auf Lager, und so viel geistige Wahlverwandtschaft zwischen dem alten Philosophen und den modernen Dummbeuteln kann dann doch kein Zufall sein: „Unser philosophischer Zeitgenosse“ wird da schon einiges von dem verbrochen haben, was in den Köpfen seiner demokratischen Verehrer zu Fixpunkten ihres Urteilens geworden ist. Unsere Auffassung läuft jedenfalls darauf hinaus, dass der große philosophische Begründer bürgerlichen wissenschaftlichen Denkens selbigem schon das Nötige mit auf den Weg gegeben haben wird, wenn es sich 200 Jahre nach seinem Tod derart auf den Hund gekommen präsentiert und sich auf ihn bloß noch als Autorität moralischer Sinnsprüche zum rechten Geist und Willen und Frieden auf Erden zu berufen braucht. Damit sich dazu jeder, der will, sein Urteil bilden kann, haben wir ein paar ältere Argumente zur Begründung unserer Auffassung ins Netz gestellt. Unredigiert, aber auch so gut genug, um sich bei Gelegenheit der Befassung mit „Kants Grundlegung der modernen Philosophie“ auch gleich die Lust aufs Philosophieren abgewöhnen zu können:

**Kritik bürgerlicher Wissenschaft  
Immanuel Kant:  
Königsberger Klöppe  
http://www.gegenstandpunkt.com**

## „Es ist genug für alle da!“, verkündet attac. Und warum gibt's dann so viele Arme?

„Noch nie gab es so viel Überfluss in unserer Gesellschaft wie heute. Noch nie gab es weltweit so viel Reichtum wie heute. Kein Mensch müsste hungern, niemand an behandelbaren Krankheiten sterben – es gibt genug für alle!“ (attac-Aufruf vom 19.12.03)

### 1.

Regelmäßig beglückt attac die Menschheit mit solchen Parolen, die Mut machen und Hoffnung verbreiten sollen. Auf den ersten Blick erscheinen sie einleuchtend – einerseits wenigstens: Irgendwie mangelt es wirklich nicht an Reichtum. Andererseits belegt diese seit mehr als einem Jahrhundert regelmäßig wiederholte Verheißung – attac hatte da schon so einige Vorläufer – immer nur eines: Vom Hunger gänzlich unbeeindruckt wächst der „Überfluss“ weiter, und ungerührt von dem gewaltigen medizinischen Fortschritt rafft „behandelbare Krankheiten“ weiterhin Menschen massenhaft dahin.

Da blamiert sich so eine Verheißung schnell: Wenn es Armut, Hunger, Seuchen und andere Formen des Elends erstens weltweit, zweitens nicht erst seit gestern und drittens trotz Sozialstaatsausbau, Entwicklungshilfe, Caritas und Aids-Aid weiterhin in ziemlichen Zuwachsraten gibt, dann scheint es entweder „der Welt“ an den guten Absichten, an die attac appelliert, ziemlich zu mangeln, oder es handelt sich um eine Weltordnung, in der Reichtum weniger mit dem Elend vieler eine gar nicht so einfach aufzuhebende *Liaison* eingegangen sind. Grund genug, der Frage genauer nachzugehen, warum denn der „weltweite Reichtum“ die Hungersnöte nicht behebt; warum er attac einfach nicht den Gefallen tut, sich über die Armen und Elenden zu ergießen.

### 2.

Zunächst einmal: Das Deuten auf Überfluss und massenhaften Reichtum trifft schon was. Da gibt es die Agrarprodukte, die vergammeln, oder ins Meer gekippt werden, wenn sie keine Käufer finden; da gibt es die Milch-, Butter- und Rindfleischberge, die die EU auftürmt, weil sie verhindern will, dass ihre Bauern an ihrem Überfluss zugrunde gehen; da gibt es Warenlager, die aus allen Nähten platzen, weil es mal wieder an der Kaufkraft fehlt. Zu tun hat dies ziemlich viel mit einer anderen Sorte von Reichtum: Die Mittel der Produktion haben einen Produktivitätsstand in der industriellen Fertigung erreicht, der es erlaubt, mit immer weniger Arbeitseinsatz in immer kürzerer Zeit gewaltige Gütermengen herzustellen; haben alte Naturabhängigkeiten durch Erfindung „künstlicher“ Rohstoffe und Materialien überwunden und dafür gesorgt, dass die Produktion von Nahrungsmitteln nicht mehr an regionalem Wassermangel und schlechtem Boden scheitern muss. Usw.

### 3.

Gänzlich an der Sache vorbei geht diese Aufzählung, wenn sie sich an den Möglichkeiten berauscht, die im Reichtum an Nahrungs- und Produktionsmitteln stecken, ohne dabei zur Kenntnis zu nehmen, dass sich solcher Überfluss kapitalistisch gerade umgekehrt, nämlich als Mangel buchstabiert: als Mangel an Zahlungskraft, sprich an Geld bei den Käufern, damit die all die schönen Sachen ihrem, in dieser Produktionsweise einzigen Zweck zuführen können, sie nämlich zu Geld zu machen. Deswegen fällt den Geschäftsleuten an Hungersnöten auch nicht der Mangel der Menschen an Nahrungsmitteln, sondern allein ihr Mangel an Barem auf! Hätten die Leute das nötige Kleingeld, müssten sie nicht hungern. Der Unternehmer würde sie sofort satt machen, wenn sie ihm seine Trockenmilch und Reis-säcke abkaufen würden, und zwar zu exakt dem Preis, mit dem er seinen Gewinn macht. Wenn nicht, gibt's eben nichts zu Spachteln. Verschwendet wird nichts – wo käme der Kapitalismus denn da hin!

All der schöne, im Übermaß hergestellte Reichtum könnte schon das Elend weltweit beseitigen – wenn, ja wenn er denn mit dem Zweck produziert würde, als Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen zu dienen. Wird er aber nicht! Der ganze stoffliche Reichtum wird unter Einsatz lohnabhängiger Nichteigentümer

von kapitalistischen Privateigentümern als deren Privateigentum erarbeitet. Und seine einzige Existenzberechtigung hat er darin, sich in der Form von Reichtum zu bewähren, die kapitalistisch allein als Reichtum gilt – als Geld.

### 4.

Das gilt auch für das Geld selbst. Der Überfluss an Geld ist gleichfalls mit Händen zu greifen: In allen „guten Sparkassen und Banken“ ist er zu besichtigen, ebenso wie bei Anlageberatern, die ihrer Klientel sagen, wie sie aus ihren Geldüberschüssen noch mehr machen können. An den Börsen wird er über den Globus hin- und hergeschoben, vermehrt sich scheinbar aus dem Nichts heraus ungeheuer, bringt den Geldbesitzern und Spekulanten ihre Gewinne, gelegentlich aber auch harte Verluste, die dann in der Regel den nächsten Börsenboom mit neuen „Gewinnerwartungen“ einleiten.

Auch bei diesem Überfluss handelt es sich nicht um einen großen Haufen Geld, der nur darauf wartet, von Gerechtigkeitsaposteln gerecht unter arme Menschen verteilt zu werden, die sich dann mit dem Geld alles kaufen, was satt, warm und gesund macht. Das ist nichts als die alberne Micky-Maus-Perspektive: Dem Onkel Dagobert, der auf seinem Goldhaufen sitzt, keinen roten Heller freiwillig herausrückt, muss man die Dukaten nur unter dem Allerwertesten wegstehlen und an alle Bedürftigen verteilen. Genauso wenig wie die hübschen Waren, die in den Schaufenstern zu besichtigen sind, ihren Zweck im Verknuspern haben, erfüllt sich im Kapitalismus die Bestimmung des Geldes darin, mit ihm Turnschuhe, Semmeln oder Aspirin zu kaufen, die irgendwelche Konsumwünsche erfüllen. Mit dem Semmelverkauf soll Geld locker gemacht werden, das sich dann in Unternehmerhand als Kapital bewährt. Nichts sonst! Da geht es dem Geld wie den Waren: Allein für Geldvermehrung ist es da! Stellt sich die nicht ein, taugt auch das Geld nichts, und es findet „Entwertung“ statt. Unternehmen machen „Miese“, setzen Leute massenhaft auf die Straße, die sich dann mit ihren restlichen Kröten die Zimmer tapezieren können.

### 5.

Genau das macht den Kapitalismus aus: Es taugt für den Unternehmer die neueste und produktivste Maschine nichts, wenn sich die daran produzierten Güter nicht als Waren auf dem Weltmarkt bewähren, d.h. ihm Geldreichtum einbringen. Fabrikbesitzer, die keine Geschäfte mehr machen, schließen ihre Fabriken, lassen ihren Maschinenpark eher verrotten, als dass sie eine Produktion zulassen würden, die sich dem schlichten Zweck der Herstellung von Gütern für die Bedürfnisbefriedigung verschreibt. Lieber lassen sie dann die Waren, die nicht zur Geldvermehrung taugen, in ihren Lagern verfaulen oder verstauben, als dass sie ihrem kostenlosen Konsum zustimmen würden.

Beim Geld, diesem original kapitalistischen Produkt, ist solche Vorstellung ohnehin absurd: Lässt es sich nicht vermehren, dann taugt es nicht einmal zur Verteilung an Arme. Dann hat es seine Rolle als Wert ausgespielt. Deswegen ist auch der Umverteilungsgedanke so albern: Jede Geldumverteilung wäre sofortige Entwertung, Zerstörung derjenigen Qualität des Geldes, für die es gerade unter die hungerigen Massen gebracht werden soll – nämlich als Kaufmittel zu taugen.

### 6.

Den kapitalistischen Reichtum gibt's also überhaupt nur in der „Verteilung“, die da von attac angeprangert wird. Dieser Reichtum braucht dauerhaft Arme, die ihn herstellen, und er produziert permanent Arme, die als absolut überflüssige Arbeitskräfte unbrauchbar und als Hungrige nicht von Bedeutung sind. Also ist die Parole vom „Reichtum, der genug für alle enthält“ so plausibel dann doch nicht. Im Kapitalismus gehören Armut und Überfluss genau so zusammen. Das ist gerade der Skandal. Wer also den Kapitalismus als eine Produktionsweise mit ungerechter Verteilung kritisiert, die nur auf attac mit ihren moralisch hochwertigen Absichten und konstruktiven

Die SG bietet einmal im Monat einen Diskussionstermin zu Themen aus Politik und Wirtschaft an.

## Diskussionstermin

# DIE EUROPÄISCHE UNION – ein Projekt imperialistischer Konkurrenz gegen den Rest der Welt – und innerhalb Europas

Dass das Projekt EU darauf zielt, Europa zu einer „neuen Weltmacht“ zu machen, gilt mittlerweile als eine Selbstverständlichkeit. Kritik: Fehlanzeige. Dafür konstruktive Bedenken, ob Europa den noch „steinigen Weg zur Weltmacht“ hinkriegt (Spiegel anlässlich der EU-Osterweiterung). Warum aber muss Europa tatsächlich so mächtig sein, um anderen auf der Welt zu sagen, wo es lang geht?

Aus purer Verantwortung, weil – wie EU-Chefdiplomat Solana weiß – es in der Welt eine große Nachfrage nach dem Engagement der EU gibt? Und weil es auch für die USA gut ist, in Europa endgültig einen ebenbürtigen Partner zu haben?

Fraglich auch die Versicherung, die EU habe schon deshalb mit Imperialismus nichts zu tun, weil sie Resultat des freiwilligen und friedlichen Zusammenschlusses von Staaten, mithin der Hintanstellung nationaler Egoismen, sei. Immerhin will in dieser „Union von Vaterländern“ trotz aller fortschreitenden Integration keiner seine Souveränität wirklich zugunsten eines neuen Souveräns aufgeben. Und eines ist ja auch nicht zu übersehen: je weiter die europäische Vereinheitlichung voranschreitet, umso mehr nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb der EU den Charakter von Machtkämpfen an, von Streits also darüber, wer sich in dieser kollektiven Weltmacht wie ein- bzw. unterordnen muss und wer das Sagen hat. Gründe genug, sich einmal Klarheit darüber zu verschaffen, was es mit dieser projektierten kollektiven Weltmacht Europa auf sich hat.

Gelegenheit dazu gibt es am

**Mittwoch, 16. Juni 2004, 20.00 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats,  
Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen**

[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

Vorschlägen gewartet hat, der will auch nichts davon wissen, dass jedes Umverteilungsanliegen erst genommen einen Angriff auf die Grundfesten des Kapitalismus darstellt.

### 7.

Dieses Anliegen bekäme es sofort mit eben jener Einrichtung zu tun, an die attac in gnadenlosem Vertrauen all seine Forderungen stellt und auf die es seine Hoffnungen richtet. Diese Ökonomie kann nämlich zusätzlich immer auf die guten Dienste der Politik rechnen, hat also die Staatsgewalt hinter, neben, unter und vor sich. Das ist im Übrigen auch jedermann bekannt. Wer mal der Verlockung des bargeldlosen „Einkaufs“ nicht widerstanden hat, bekommt schnell unerfreulichen Kontakt mit einer der zahllosen Vorkehrungen zum Schutz des Privateigentums. Diese staatlichen oder mit staatlichem Segen versehenen Vorkehrungen machen aus dem Akt der „spontanen“ Bedürfnisbefriedigung in der Lebensmittelabteilung des Kaufhauses ein Verbrechen und aus dem Hungrigen einen Kriminellen. Vornehm sieht attac in ihren Sonntagspredigten vom Reichtum, der für alle reicht, davon ab, dass die Herrschaft des Privateigentums gerade nicht von gierigen und ungerechten Privateigentümern abgesichert wird, sondern die erste Aufgabe der Staatsgewalt ist.

### 8.

Bekannt mögen diese Feststellungen ja sein, langweilig sind sie dennoch nicht. Schon gar nicht für diejenigen, die sich vorgenommen haben, mit ihren Einwänden gegen Armut und Reichtum im Kapitalismus ernst zu machen. Als Gegner des Sozialkahltschlags muss man sich entscheiden: Entweder hat man etwas dagegen, dass staatlich geschütztes Kapitaleigentum weltweit allen Menschen ohne Knete den Zugang zum Reichtum versperrt, oder man ist zufrieden damit, zu jener Riege guter Menschen mit dem attac-Weltbild zu gehören, demzufolge alles nicht so sein müsste, wie es ist. Dann richtet man sich eben genügsam in der Empörung darüber ein, dass die Welt nicht so läuft, wie man sie sich zusammenträumt; dann hält man immer wieder leicht beleidigt der Staats- und Geldmacht vor, dass sie einfach nicht dem Bilde entsprechen, das sich attac nebst Anhang von ihr macht; und dann weiß man sich schließlich durch die Erfindung ein-

es ganz besonderen Menschenrechts vollständig ins Recht gesetzt: Es gibt – teilte attac jüngst mit – „ein Menschenrecht auf Teilhabe am Reichtum, das sich niemand (erst) verdienen muss“, weil der Mensch angeblich irgendwie von Natur aus damit ausgestattet sei. Das stimmt die attac-Gemeinde schlussendlich sehr zuversichtlich: Die Armen haben das Recht auf volle Teller!!! – nur dummerweise haben sie nichts drauf. Und die Reichen schwimmen im Überfluss, – dies aber ganz zu unrecht. So ist das eben mit solch einem erfundenen Recht: Es macht nicht satt, sondern blamiert nur immer weder aufs Neue die Reichen moralisch ungeheuer. Die können damit gut leben, haben sie doch die Gewissheit, dass die Staatsgewalt das kapitalistische Eigentum und sein Geschäftsinteresse ganz praktisch ins Recht setzt.

Flugblatt zu den Aktionstagen gegen den „Sozialkahltschlag“: *Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus Nr. 4*

**Die weiteren Flugblätter aus dieser Reihe**  
Nr. 1 Was ist eigentlich „sozial“? oder: Warum der Sozialstaat nicht verteidigt gehört  
Nr. 2 Die Lüge von der „solidarischen Finanzierung“ der Sozialsysteme:

- von den einen als Lohnnebenkosten bekämpft

- von den anderen als sozialer Wert gepriesen.

Nr. 3 Nur darum geht's beim „Sozialkahltschlag“: Eine nationale Offensive gegen den Lohn – für überlegene deutsche Wirtschaftsmacht

Nr. 5 „Stopp Steuerflucht!“ (Kampagne attac) – Warum das denn?

Nr. 6 Ein ganz schlechter Einwand: „Die dürfen den Sozialstaat nicht demontieren. Das ist doch ein historisch erkämpfter Besitzstand!“

Erhältlich unter:

<http://streitschriften.argudiss.de>,  
E-Mail: [streitschriften@argudiss.de](mailto:streitschriften@argudiss.de)

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GEGENSTANDPUNKT in Radio Lora können nachgelesen werden unter:

<http://www.gegenstandpunkt.de/radio/gsradiotext.htm>